

Schwerter zu Pflugscharen!

(RK) - Rüstungskonversion mag für viele BürgerInnen in Luxemburg wie ein Fremdwort klingen. Jahrzehntelang wurde verdrängt, dass Hunderte von Arbeitsplätzen von den Nato-Militärlagern abhängen, also von der westlichen Kriegsmaschine. Mit der Schließung des WSA-Lagers in Bettemburg ist Luxemburg mit einem Problem konfrontiert, das in der Grenzregion schon länger für Diskussionen sorgt: die Schließung von Militärstützpunkten in Westeuropa.

Einen interessanten Blick auf das Thema aus Sicht der Friedensbewegung bietet der Konversions-Reader "Zivile Arbeitsplätze statt Kriegsunterstützung". Das Dokument wurde von dem "Regionalen Bündnis für die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem" herausgegeben und ist online verfügbar ([www.agf-trier.de/html/air\\_base\\_spangdahlem.html](http://www.agf-trier.de/html/air_base_spangdahlem.html)).

Die Diskussionsbeiträge zeugen von der Fähigkeit zum vernetzten Denken. So liest man Seite 69: "AG Frieden kritisiert Bundeswehr-Standortschließungen." Dass FriedensaktivistInnen die Schließung von Militäranlagen kritisieren, mag auf den ersten Blick überraschen. Begründet wird es so: "Die Bundeswehr wird mit diesen Einsparungen tatsächlich aufgerüstet. Sie wird damit endgültig von einer Armee zur Landesverteidigung zu einer grundgesetzwidrigen Angriffsarmee umgebaut! (...) Das dort [in Hermeskeil] eingesparte Geld ist zwar eine quantitative Abrüstung, dient aber einer qualitativen Aufrüstung!"

Der Reader ist ein Ergebnis der Konversionskonferenz die 2004 in Dudeldorf bei Bitburg stattfand. Dass diese Thematik gerade in Rheinland-Pfalz aufgegriffen wird, ist kein Zufall. Nachdem die Rhein-Main-Airbase bei Frankfurt 2005 geschlossen wurde, sind die Flugstützpunkte Spangdahlem (im Grenzgebiet zu Luxemburg) und Ramstein (bei Kaiserslautern) die logistische Drehscheibe für die US-Kriege im Nahen Osten. Beide Flugplätze führen zu einer erheblichen Belastung für die AnwohnerInnen: zum einen durch Flug- und Bodenlärm, zum anderen durch den hochgiftigen Treibstoff JP-8.

Die Forderung nach zivilen statt militärischen Arbeitsplätzen wird in Deutschland, anders als in Luxemburg, von den Gewerkschaften mitgetragen, wie nebenstehender Auszug aus dem Beitrag der Gewerkschafterin Anne Rieger zeigt. Der Reader gibt zahlreiche Beispiele für gelungene Konversionen. Am bemerkenswertesten ist der Fall Morbach im Hunsrück: Aus dem größten US-Munitionslager in Zentraleuropa wurde in den vergangenen Jahren ein Energiepark ([www.energielandschaft.com](http://www.energielandschaft.com)) mit 14 Windrädern und 500 Quadratmetern Photovoltaikmodulen. So wurden Arbeitsplätze geschaffen und einem Beweggrund für die Aufrüstung in Europa entgegengewirkt, dem der Kontrolle über fossile Energiereserven.

Dass vernetztes Denken auch zu Widersprüchen führen kann, dokumentieren die Meinungsverschiedenheiten über die Konversion der ehemaligen Luftstützpunkte Bitburg und Hahn. Die zivile Flugnutzung bedeutet einerseits eine Fortdauer der Umweltbelastungen, andererseits scheint sie dem Ziel gerecht zu werden, friedliche Arbeitsplätze zu schaffen. Scheint, denn in jüngster Zeit machte der Flugplatz Hahn nicht nur als Ryanair-Standort Schlagzeilen. Transportflüge von Einheiten der US-Armee werden als Zivilflüge getarnt über den Hunsrück abgewickelt. Deshalb findet dieses Jahr ein Ostermarsch "am Hahn" statt. Treffpunkt ist am 15. April um 14 Uhr in Sohren/Büchenbeuren. Mehr Infos unter: [www.fluglaerm.de/hahn](http://www.fluglaerm.de/hahn)

SCHLIEßUNG VON MILITÄRSTÜTZPUNKTEN

Arbeitsplätze durch Konversion



Stoppt die Remilitarisierung auf dem Hahn! Der Aufruf zum Hunsrücker Ostermarsch 2006 erinnert daran, dass Rüstungskonversion auch misslingen kann. Im vergangenen Jahr wurden 70.000 US-Soldaten über den seit 1993 "zivilen" Flugplatz befördert.

(Zeichnung: Clemens Probst)

Dass GewerkschafterInnen nicht wie blindwütig Arbeitsplätze im militärischen Bereich verteidigen müssen, belegt dieser Beitrag zum 2005 erschienenen Konversionsreader von Anne Rieger.

Anlässlich der Bekanntgabe von Standortschließungen der Bundeswehr, wies der damalige Minister Struck jegliche Verantwortung für den Erhalt von Arbeitsplätzen weit von sich: "Ich sage das noch einmal, es ist nicht Aufgabe des Verteidigungsministeriums Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. .... Es ist nicht unser Auftrag, struktur- und wirtschaftspolitische Förderung zu betreiben. (...)

An anderer Stelle sagte er, was die Aufgaben der Bundeswehr sind: "Wir gewährleisten, dass die Bundeswehr leistungsfähig und damit Deutschland außenpolitisch Handlungsfähig bleibt." Die Bundeswehr dient also der militarisierten Außenpolitik und niemand darf der Illusion aufsitzen, die Bundeswehr oder irgendeine andere Armee der Welt, sei eine staatliche Institution um Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen. Es geht immer in aller erster Linie um ihren Auftrag. Und der Auftrag einer Armee lautet, Maschinen zu entwickeln und gemeinsam mit Menschen so aufzustellen und zu organisieren, dass sie andere Menschen umbringen können. Nur darum geht es – es geht um keinen einzigen Arbeitsplatz.

Kriegsmaschinen statt Arbeitsplätze

Wenn viele Menschen für Kriegsvorbereitungen gebraucht werden, werden viele Menschen von unsern Steuergelder dafür bezahlt, wenn weniger gebraucht werden, weil die Maschinen es alleine können – das Töten automatisiert wird - werden weniger Menschen dafür bezahlt. Wenn es einem also um Arbeitsplätze für Menschen geht, braucht man verlässliche Partner. Das sind die Menschen einer Region oder eines Betriebes – die an sozial nützlicher und ökologisch sinnvoller Wertschöpfung und entsprechenden nachhaltigen Arbeitsplätzen interessiert sind. (...)

Schon in den 70er Jahren wurde wissenschaftlich nachgewie-

sen, dass ein Arbeitsplatz in der Rüstung ein vielfaches anderer Arbeitsplätze kostet: "Les Aspin, Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus und als konventioneller Kritiker des Pentagon bekannt, veröffentlichte (auf das damalige Stichjahr 1972 bezogen) die Aufstellung, wie viel Arbeitsplätze mit 1 Mrd. Dollar pro Bereich geschaffen werden können:

- in der Rüstung 35.000 Arbeitsplätze
- im Bauwesen 76.000 etwa zweimal soviele
- im Gesundheitswesen 77.000 Arbeitsplätze
- im Bildungswesen (Lehrer) 100.000 etwa dreimal soviele
- im Öffentlichen Dienst 132.000 Arbeitsplätze" (Albrecht, U. Rüstung und Inflation, Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 1973, Heft 1, S. 16-25).

Die DFG-VK hat erst kürzlich berechnet:

- ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet den Steuerzahler ca. 130.000 Euro,
- eine Gymnasiallehrerin dagegen verdient 52 000 Euro brutto
- die Kosten des Baus eines Eurofighters betragen 108 Mio. Euro,
- das entspricht 2.300 Jahresgehältern für Erzieherinnen
- der Bau eines U-Bootes 212A kostet 460 Mio. Euro,
- das entspricht 10 000 Jahresgehältern für Altenpflegerinnen
- der Bau einer Fregatte kostet 124 Mio. Euro,
- das entspricht 14. 000 Jahresgehältern für Lehrerinnen.

Würden entsprechend den Forderungen aus der Pisa Studie in unseren Schulen die Klassenstärken auf ein Niveau gesenkt, wie es in Finnland oder Kuba üblich ist, müssten zusätzlich 230.000 Lehrer und Sozialarbeiter eingestellt werden. Das entspricht der geplanten Personalstärke der Bundeswehr.

Für den Transport von Kriegsgeschütz und Soldatinnen und Sol-

daten, für ihre Verlegung in andere Erdteile, ist der Bundesregierung, kein Euro zuviel. Für die Auslandseinsätze der Bundeswehr steht Strucks Truppe 1, 4 Mrd. Euro Jahr für Jahr zur Verfügung. Damit gibt die Bundesregierung für Auslandseinsätze der Bundeswehr in einem einzigen Monat soviele aus, wie die notwendige Erneuerungsrate für Spielplätze eines ganzen Jahres in ca. 25 Großstädten beträgt. (...)

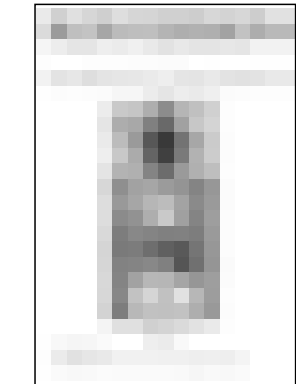
Rüstungsarbeitsplätze - teuerste Arbeitsplätze

Die Industrie sucht ständig hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Warum sie nicht aus der Rüstungsindustrie nehmen? Freilich, das Umlernen kostet Geld – aber Geld ist genug da! Geben wir es für Konversionsprogramme statt für Hochrüstung aus. Dies ist kein Selbstläufer. Konversion ist kein plötzlicher Schritt, kein Schritt von heute auf Morgen sondern es bedarf eines nachhaltigen, langfristigen Umbau-Programms, das staatlich unterstützt wird. Schritte könnten sein:

Entlassung von Soldaten altershalber aus der Armee und keine Wiederbesetzung dieser Soldaten- und Offiziersstellen. Jedes Jahr verlassen 20 000 die Bundeswehr. Umschulung und Weiterbildung in Bereiche wie z.B. Spitzentechnologien in Umwelttechniken und Erneuerbare Energien, Müllvermeidung und -verwertung. Biomasse – Heizanlagen erweisen sich für finanzschwache öffentliche Haushalte als zu teuer, der Anteil der Solar- und Windenergie an der Energieproduktion kann die drohende Ölkrise nicht auffangen. Weit-sichtige Bundespolitik würde schon jetzt, um sich an der Sicherung der Energie nicht mit Waffengewalt zu beteiligen, in jede Hochtechnologie investieren, die Energie sparen hilft und sie bezahlbar machen.

Wir brauchen Kümmerer zur Energiereduzierung und Konversionsworkshops sowie eine gesellschaftliche Debatte über Rüstungs- und Standortkonversion. Sie betrifft nicht nur die Bundeswehr und die Rüstungsproduzierenden Konzerne sondern auch die mit der Logistik befassten Firmen, wie zum B. die Bremer Lagerhaus Gesellschaft, die Rüstungsgüter verschifft, die verdeckte militärische Grundlagenforschung an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie betrifft die Kooperationsverträge der Bundeswehr mit Krankenhäusern, die BW-Fuhrpark-Service GmbH mit der privaten Fahrzeugflotte der Bundeswehr, die LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft, das Konsortium TIS (das aus der Deutschen Telekom, IBM und Siemens Business Services), das das 6,5 Mrd. Euro teure Herkules Projekt, die geplante Auslagerung des Computer- und Telefonsystems der Bundeswehr betreiben wird und natürlich die g.e.b.b. die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb, die die Bundeswehr von allen Aufgaben entlasten soll, die nicht militärische Kernaufgaben sind.

Anne Rieger  
(2. Bevollmächtigte IG Metall Waiblingen)



Der 80-seitige Konversionsreader ist unter [www.agf-trier.de/html/air\\_base\\_spangdahlem.html](http://www.agf-trier.de/html/air_base_spangdahlem.html) verfügbar oder kann bei der AG Frieden in Trier bestellt werden.